

## nachrichten

**Nato verringert ihre Hauptquartiere**

**BRÜSSEL.** Die Nato will mit weniger Hauptquartieren und weniger Personal in militärischen Stäben mehr Sicherheit als bisher garantieren. Dies beschlossen die Verteidigungsminister der 28 Bündnisstaaten in der Nacht zum Donnerstag in Brüssel. Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen erklärte, dass diese Reformen auch Einsparungen bringen. Die bisher elf Hauptquartiere werden auf künftig sieben gesenkt und das Personal von bisher 13 000 auf 8800 gekürzt. DPA

**Spuren von Strontium bei Fukushima**

**TOKIO.** Im japanischen Katastrophengebiet Fukushima sind weitere Spuren von radioaktivem Strontium entdeckt worden. Dies gab das Wissenschaftsministerium gestern bekannt. Laut Wissenschaftlern sei Strontium ein «Knochenkiller». Es schädigt das Knochenmark und könne Leukämie auslösen. Nach Aussagen der Atomaufsichtsbehörde stelle das Strontium keine unmittelbare Gefahr für die menschliche Gesundheit dar. DPA

**Freilassung Cesare Battistis erzürnt Italien**

**BRASILIA/ROM.** Der oberste Gerichtshof Brasiliens hatte am Mittwochabend (Ortszeit) in Brasilia eine Klage Italiens auf Auslieferung des früheren Linksextremisten Battisti abgewiesen und dessen sofortige Haftentlassung angeordnet. Battisti wurde in Italien wegen mehrfachen Mordes verurteilt. Er soll als Gründungsmitglied der Gruppe «Bewaffnete Proletarier für den Kommunismus» Ende der 1970er-Jahre an vier Morden in Italien beteiligt gewesen sein. Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi nahm das Urteil gestern «mit grossem Bedauern» zur Kenntnis. Nun droht Rom, vor den Internationalen Strafgerichtshof nach Den Haag zu ziehen. SDA/DPA

**Griechenland will 78 Milliarden sparen**

**ATHEN.** Die griechische Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Papandreou hat das neue Sparpaket zur Rettung Griechenlands vor dem Bankrott in seinen Eckpunkten gebilligt. Das harte Sparprogramm umfasst 78 Milliarden Euro (rund 95 Milliarden Franken). Das Sparprogramm muss noch vom Parlament in Athen gebilligt werden. Die Billigung ist eine der Bedingungen dafür, dass die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) grünes Licht für die Auszahlung der nächsten Tranche der Finanzhilfe für Griechenland über zwölf Milliarden Euro (14,6 Milliarden Franken) geben. SDA

**Protest in Spanien fordert 18 Verletzte**

**VALENCIA/MADRID.** Die Bewegung der «Empörten» in Spanien hat ihre Proteste gegen die Korruption vor die Parlamente gebracht. Bei einer Kundgebung gegen Korruption ist es vor dem Regionalparlament in Valencia zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen. Polizisten gingen mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor. Der Einsatz sei laut der Polizei jedoch nur gegen eine Gruppe von Gewalttätern gerichtet gewesen. Bei den Zwischenfällen wurden 18 Menschen verletzt, darunter acht Polizisten. DPA

**«Die grossen Probleme beginnen erst»**

Strategieexperte Daniel Möckli zieht eine zwiespältige Bilanz aus dem Nato-Einsatz in Libyen

INTERVIEW: DOMINIQUE BURCKHARDT

**Der Historiker und Politologe Daniel Möckli ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich.**

**BaZ:** Herr Möckli, Muammar al-Gaddafi Libyen wird seit dem 19. März von einer westlichen Allianz bombardiert; am 31. März, vor inzwischen zehn Wochen, übernahm die Nato das Kommando über die Luftschläge. Seit einigen Tagen wird auch die Hauptstadt Tripolis heftig bombardiert. Was hat das westliche Eingreifen gebracht?



**DANIEL MÖCKLI:** Das Ziel von UNO-Resolution 1973, der Grundlage der Nato-Aktion, Zivilisten zu schützen, wurde zumindest teilweise erreicht. Sicher wurde auch Gadhafi geschwächt – aber noch nicht in einem Mass, das ein Ende der Kämpfe bedeuten würde.

**Was heisst das für die Nato-Aktion?**

Es war absehbar, dass sich das Engagement hinziehen würde, weil man nur aus der Luft operieren kann. Doch von ihrer anfänglich erklärten Unparteilichkeit im libyschen Bürgerkrieg ist die Nato mittlerweile abgekommen. Heute bezieht sie klar Stellung gegen Gadhafi.

**Die Nato will ihn aus dem Amt jagen.**

Ja, und damit ist sie zur Konfliktpartei geworden, die sich immer enger mit den Rebellen abspricht und mit Luftschlägen auf strategische Ziele in Tripolis das Ende der Gadhafi-Herrschaft herbeibomben will. All das ist nicht unproblematisch.

**Inwiefern?**

Die Rebellen sind zu schwach, um selber eine militärische Entscheidung herbeiführen zu können. Der einzige Ausweg ist der Sturz Gadhafis mit Nato-Hilfe. Man kann die Nato-Staaten dafür loben, dass sie sich auf einen solchen Kurswechsel einigten und damit ihre Handlungsfähigkeit bewahren konnten. Man muss aber auch kritisieren, dass die Nato heute klar ausserhalb des UNO-Mandats operiert und in einem Spannungsverhältnis zum Völkerrecht steht. Damit erleidet sie einen moralischen Schaden.

**Hatte die Nato überhaupt Handlungsalternativen?**

Wie so häufig gab es keine guten Optionen. Gadhafis wüste Drohungen liessen in Europa Befürchtungen eines zweiten Srebrenica aufkommen (unter den Augen von UNO-Soldaten wurden im Bosnienkrieg 8000 Knaben und Männer aus Srebrenica abtransportiert und später ermordet, die Red.). Man sah sich also vor allem aus humanitären Überlegungen zu einer Intervention veranlasst. Aus strategischer Sicht drängte sich ein Eingreifen nicht auf – doch bei einer passiven Haltung wäre die Nato wohl erst recht kritisiert worden. Heute steht sie in der Kritik, weil sie weiter geht als ur-



**Freude bei den Rebellen.** Durch internationale Luftschläge zerstörte Panzer bei Benghazi. Foto Keystone

sprünglich, vor allem von arabischen und afrikanischen Staaten, gefordert.

**In gewisser Weise ist es also Gadhafis Starrköpfigkeit, die für die westliche Militäralianz zu einem Imageverlust führt?**

Die Ausdehnung der Nato-Aktion ist nicht nur völkerrechtlich, sondern auch politisch problematisch. So leidet das Ansehen der Nato auch bei den Staaten, die sich in der UNO-Abstimmung über Resolution 1973 der Stim-

die eigentlichen Probleme beginnen erst, wenn Gadhafi weg ist.

**Welche Lehren können noch gezogen werden aus der Aktion in Libyen?**

Die Bereitschaft der USA, in Krisen in Europas Nachbarschaft eine Führungsrolle zu übernehmen, schwindet. Das stellt die Europäer vor grosse Probleme, da sie sich bisher darauf verlassen, dass die USA wesentliche militärische Fähigkeiten zur Verfügung stellen werden. Gleichzeitig bedeutet der Bruch zwischen Frankreich und Deutschland in der Libyen-Frage auch einen Rückschlag für das EU-Krisenmanagement. Die Entwicklung gemeinsamer militärischer Fähigkeiten in Europa und die Idee einer militärischen Rollenspezialisierung werden nur vorankommen, wenn man sich darauf verlassen kann, dass der Partner im Ernstfall wirklich mitzieht. Das tönt nicht eben vertrauenerweckend.

Man kann noch düsterer argumentieren: Die Libyen-Intervention dürfte auch negative Rückwirkungen auf die Bemühungen haben, Staaten vom Bau von Atomwaffen abzubringen. Gadhafis Libyen ist einer der ganz wenigen Staaten, der dazu überredet werden konnte, dass er seine Atomprogramme nicht weiter verfolgt. Gadhafi hat also in Verhandlungen mit dem Westen seine ultimative Sicherheitsgarantie aufgegeben – ein paar Jahre später wird er prompt bombardiert. Iran und Nordkorea werden die Ereignisse in Libyen derzeit mit Interesse verfolgen.

**«Noch hat niemand einen Plan für den zivilen Wiederaufbau in Libyen.»**

me enthielten, also vor allem bei den Bric-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China, die Red.). Die Tatsache, dass es in Libyen mittlerweile um mehr als nur eine Schutzverantwortung der internationalen Staatengemeinschaft geht, dürfte Staaten wie China oder Russland davon abhalten, etwa im Fall Syrien eine ähnliche Resolution durchgehen zu lassen.

**Die Nato rechtfertigt ihr Eingreifen damit, dass sie das libysche Volk vom Joch Gadhafis befreie.**

Ja, doch was folgt darauf? Der Militäreinsatz wird erledigt sein, doch dann braucht es eine Stabilisierungsmission, ein grosses internationales Engagement. Noch aber hat niemand einen Plan für den zivilen Wiederaufbau in Libyen. Man kann also sagen,

**Systematische Verletzungen**

**VERURTEILT.** Nach der Sichtung von 5000 Dokumenten, Tausenden Filmen und unzähligen Interviews im Kriegsgebiet kommt die Kommission, die im Auftrag des UNO-Menschenrechtsrats die Menschenrechtssituation in Libyen untersuchte, zum Verdacht, dass sich das Regime von Muammar al-Gadhafi systematischer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht habe: aussergerichtliche Hinrichtungen und Inhaftierungen, Folter. Das Regime habe die Zivilbevölkerung angegriffen, es habe Kindersoldaten rekrutiert und systematisch vergewaltigt. Menschenrechtsverletzungen gäbe es auch aufseiten der Rebellen, aber in geringerem Ausmass. Die Libyen-Kontaktgruppe, der auch die UNO, die Nato sowie die Arabische Liga angehören, kündigte gestern an, die Rebellen mit 1,3 Milliarden Dollar (rund 1,1 Mrd. Franken) unterstützen zu wollen. Die USA sehen derweil die Möglichkeit eines geordneten Machtwechsels. Es gebe diesbezüglich Gespräche mit Gadhafi-Vertrauten, sagte Aussenministerin Hillary Clinton gestern Abend. sgr/SDA

**Assad verliert Kontrolle über Grenzregion**

Tausende Syrer fliehen aus Angst vor einer Militäroffensive des Regimes in die Türkei

ASTRID FREFEL, Kairo

**Die syrische Armee zieht nahe der türkischen Grenze Panzer und Eliteeinheiten zusammen. Nahezu 2000 Syrer sind bereits in die Türkei geflohen.**

Die syrischen Sicherheitskräfte hätten über grosse Teile der grenznahen Provinz Idlib die Kontrolle verloren: Bewaffnete Kräfte hätten den Strassen entlang Sprengfallen gelegt und Dörfer angegriffen. Dies berichtete die regierungsnahen Zeitung «Al-Watan». Die syrische Armee sei nun dabei, eine sehr heikle Operation zu lancieren, die in der Grenzstadt Jisr al-Shughour möglichst keine Opfer fordern soll. In der Provinz Idlib wurden als einzige im ganzen Land die Schul-

examen auf unbestimmte Zeit verschoben.

**GEISTERSTADT.** «Bewaffnete Gangs» hätten laut der syrischen Regierung innerhalb der letzten Tage in Jisr al-Shughour 120 Sicherheitskräfte getötet und eine massive Vergeltungsaktion angekündigt. Die Schilderung der Zeitung, deren Chefredaktor gute Kontakte zu Präsident Bashar al-Assad pflegt, stützt die These, dass es sich bei den Ereignissen im Nordwesten des Landes um Zusammenstösse innerhalb der Sicherheitskräfte handelt. Die meuternden Soldaten werden offensichtlich von der lokalen Bevölkerung unterstützt. Die Aufständischen, «Al-Wa-

tan» schätzt sie auf 800 bis 2000, sollen sich in Höhlen verschanzt halten und über schwere Waffen verfügen.

In der Region um Jisr al-Shughour hat das Regime Panzer und Tausende Soldaten von Eliteeinheiten zusammengezogen. Es soll sich um Truppen handeln, die von Maher, dem jüngeren Bruder von Präsident Assad, kommandiert werden. Auf den Dächern wurden Scharfschützen postiert, der Strom ist ausgefallen. Bislang herrscht eine gespannte Ruhe.

Aus Angst vor einem militärischen Angriff ist der Grossteil der Bevölkerung geflohen. An die 2000 Personen haben bisher die nur 20 Kilometer entfernte Grenze zur Türkei über-

quert. Mehr als 30 Verwundete werden laut den türkischen Behörden in den Spitälern der Region behandelt. Hunderte Flüchtlinge sind in Lagern des Roten Kreuzes untergekommen, die Mehrheit jedoch fand privat bei Familienmitgliedern Zuflucht. Viele warten noch an der Grenze auf syrischer Seite.

**OFFEN.** Man sei auf einen Massenansturm vorbereitet, wurde in Ankara betont. Das Militär in der Region versucht aber, die Flüchtlinge möglichst von den Medien abzuschirmen. Die türkische Regierung, welche die Visa-Freiheit mit Syrien eingeführt hat, ist in einer heiklen Lage: Sie will primär ihre eigenen Interessen schützen

und verhindern, dass Augenzeugenberichte über die Gräueltaten des syrischen Regimes gegen die Zivilbevölkerung an die Öffentlichkeit dringen.

Am Dienstag hat die «Jugendkoalition der Freiheitsrevolution» in Damaskus ihre Gründung bekannt gegeben. Die ethnisch und religiös gemischte Koalition versteht sich als führende Organisatorin der Demokratiebewegung im Land. Sie wolle so lange kämpfen, bis die Menschen ihre Freiheit und Würde gewonnen hätten. Auch für heute sind wieder Demonstrationen im ganzen Land angekündigt. Die brutale Niederschlagung der Freiheitbewegung hat bisher über 1300 Menschen das Leben gekostet.